

SOLOTHURN

STADT, KANTON UND REGION

Wagt Solothurn den grossen Wurf?

Finanzausgleich Kanton könnte sich im nationalen Ranking auf den sechsten Platz verbessern

VON ELISABETH SEIFERT

Eine kürzlich publizierte Studie der «Denkfabrik» Avenir Suisse zeigt in aller Deutlichkeit: Der aktuelle innerkantonale Solothurner Finanzausgleich hat grossen Reformbedarf. So belegt Solothurn in einem Ranking aller Kantone den zweitletzten Platz, schlechter weg kommt nur noch das Tessin. Höchste Zeit also für eine Neugestaltung des Finanzausgleichs. Und: Der vorliegende Gesetzesentwurf, zu dem sich Parteien und Verbände bis Ende September zu Wort melden konnten, bekommt von den



Lukas Rühli.

Experten bei Avenir Suisse durchaus gute Noten. Exklusiv für diese Zeitung hat Lukas Rühli, Projektleiter Kantonsmonitoring bei Avenir Suisse, den neu geplanten Solothurner

Finanzausgleich bewertet – und im Kantonsranking verortet. Das Resultat: Solothurn katapultiert sich mit dem neuen Vorschlag vom zweitletzten Rang auf Platz 6 aller Kantone (siehe Tabelle rechts). Vorausgesetzt, der Gesetzesentwurf findet im politischen Prozess Zustimmung. Den Berechnungen zugrunde liegt die mittlere von drei vorgeschlagenen Finanzierungsvarianten (siehe Kantonsgrafik unten).

Im oberen Mittelfeld

«Der Platz 6, den sich Solothurn mit drei weiteren Kantonen teilt, ist eine gute Rangierung», hält Lukas Rühli fest. Und: Auch wenn der neue Vorschlag längst nicht die maximale Punktzahl erreicht, so weise der neue Solothurner Finanzausgleich «keine drastischen Schwächen» auf, betont der Experte. Im Unterschied zum aktuellen Ausgleichssystem

«Der Vorschlag weist keine drastischen Schwächen auf.»

Lukas Rühli, Projektleiter bei Avenir Suisse

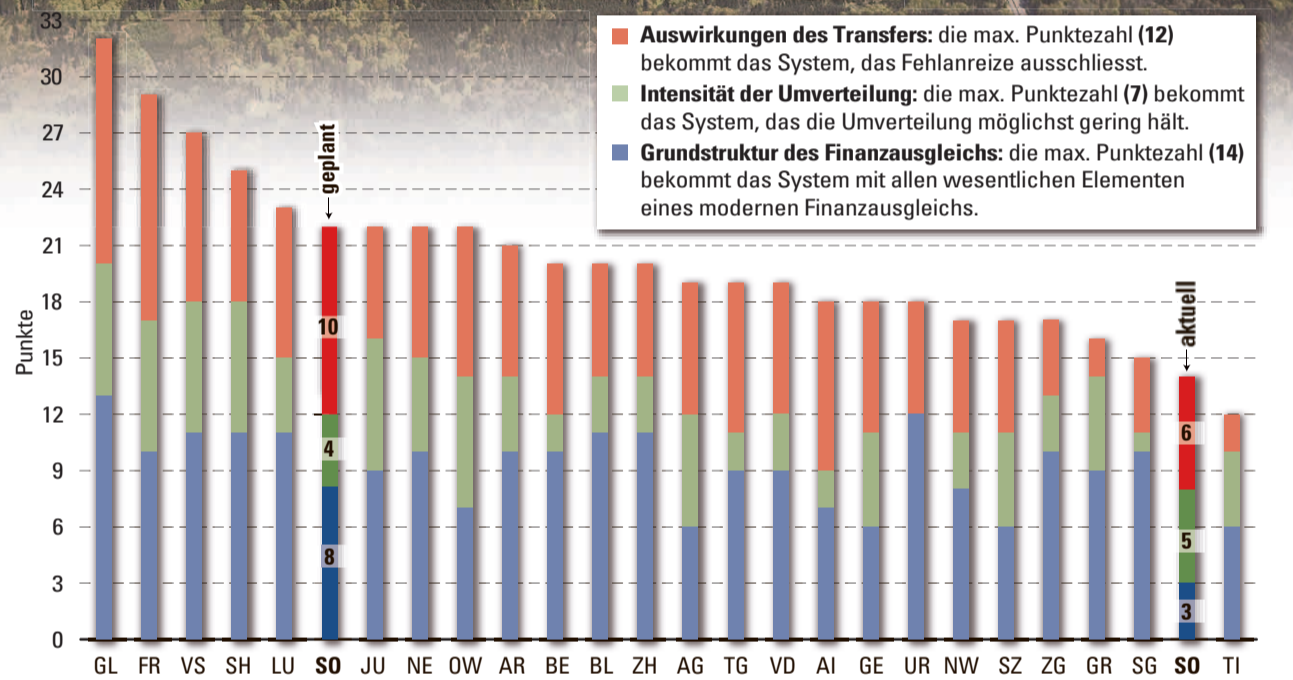
räumt der neue Vorschlag mit sämtlichen intransparenten Geldflüssen auf, namentlich mit dem indirekten Finanzausgleich (kantonale Subventionierung der Lehrerlöhne, die je nach Steuerkraft unterschiedlich hoch ausfällt). An deren Stelle tritt stattdessen ein zweistufiger Ressourcenausgleich – für Lukas Rühli ein «Vorzeigesystem».

Zugrunde liegt diesem Ausgleich die durchschnittliche Staatssteuerkraft pro Kantonseinwohner. Im horizontalen Finanzausgleich zahlen Gemeinden, deren durchschnittliche Steuerkraft darüber liegt – je nach Finanzierungsvariante –, 35 bis 40 Prozent ihres «Überschusses» in den Finanzausgleichstopf. In einem zusätzlichen, vertikalen Ressourcenausgleich garantiert der Kanton den ressourcenschwachen Gemeinden eine «Mindestausstattung» von – je nach Finanzierungsvariante – 88 bis 90 Prozent des Durchschnittswertes.

Als «sehr sinnvoll» taxiert der Experte weiter die «konsequente Trennung» von Ressourcen- und Lastenausgleich. Letzterer stütze sich auf «normierte Kriterien», um die Zentrumslasten oder die hohen Kosten der geografisch-topografischen Lage oder der



Kantonsranking zum interkommunalen Finanzausgleich

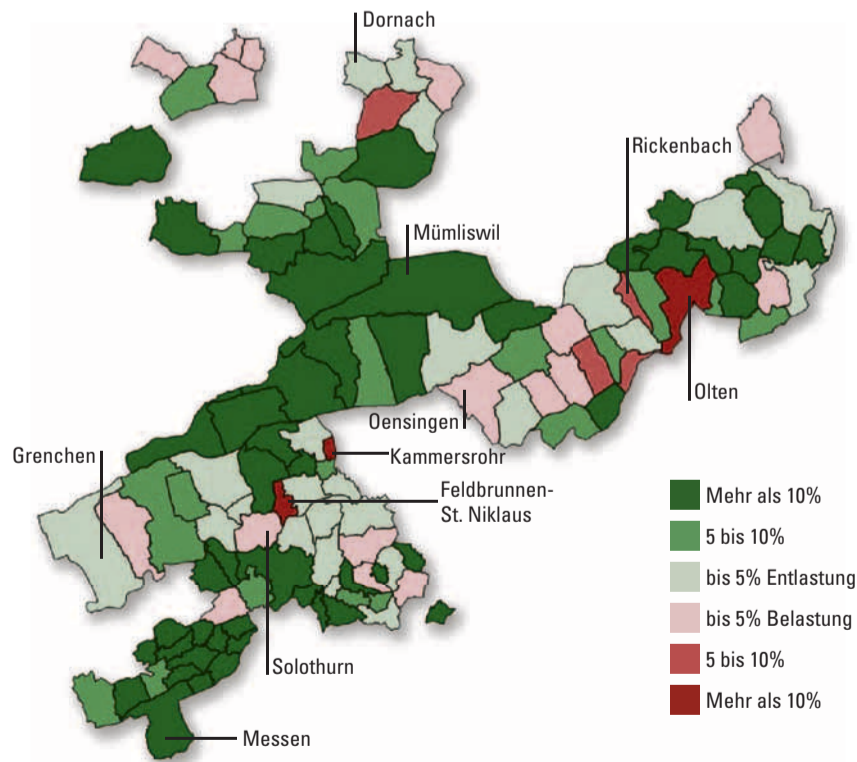


Quelle: Avenir Suisse

Grafik: Solothurner Zeitung/Guido Savian

Ent- und Belastung in Prozent des Staatssteueraufkommens

Modellrechnung im Vergleich zum Jahr 2010: Auswirkungen der mittleren von drei Varianten auf die Gemeinden im Kanton



Quelle: Ecoplan

Grafik: Die Nordwestschweiz

sozio-demografischen Situation auszugleichen. Aufgrund der normierten Kriterien können, so Rühli, auch reiche Gemeinden in den Genuss des Lastenausgleichs kommen.

Problem: Hohe Mindestausstattung

«Wesentliches Kriterium für einen guten Finanzausgleich ist es, dass er Solidarität ermöglicht, ohne den Standortwettbewerb zu ersticken», betont Rühli. Namentlich mit der in

der regierungsrätlichen Botschaft vorgeschlagenen «Mindestausstattung» zwischen 88 und 90 Prozent werde aber ein relativ hoher Anteil der Gemeinden «faktisch dem Standortwettbewerb entzogen». Bei einer «Mindestausstattung» von 90 Prozent beträgt dieser Anteil gemäss Berechnungen des Avenir-Suisse-Experten im Kanton Solothurn 43,8 Prozent. «Für diese (ressourcenschwachen) Gemeinden lohnt sich Leistung nicht.»

Ein Zuwachs an Steuerkraft pro Kopf werde nämlich vollständig durch den Rückgang der Zuschüsse aus dem interkommunalen Finanzausgleich kompensiert. Tröstlich ist, dass der (geplante) Solothurner Finanzausgleich hier das Schicksal der meisten Deutschschweizer Finanzausgleichssysteme teilt. So liegt der Anteil der Gemeinden, für die sich Leistung nicht lohnt, in der Deutschschweiz bei 56 Prozent. In der Romandie indes bei tiefen 2 Prozent. Rühli: «Der Umverteilungs-Gedanke zwischen den Gemeinden ist in der Deutschschweiz stark ausgeprägt.»

Positiv wertet Rühli, dass sich die Gemeinden dennoch «meist redlich darum bemühen, ihre Attraktivität zu verbessern». Ohne die Solidarität zwischen den Gemeinden zu gefährden, erachtet er aber eine tiefere «Mindestausstattung» von 80 Prozent als gerechtfertigt. Der Gesetzesentwurf lässt im übrigen – jenseits der vorgeschlagenen drei Finanzierungsvarianten – eine «Mindestausstattung» zwischen 80 und 100 Prozent zu. Am Kantonsrat ist es, die «Mindestausstattung» jährlich festzulegen.

Tendenz zu höherem Ausgleich

Generell stellt der Wissenschaftler fest, dass im Zug der Neugestaltung der Finanzausgleichssysteme nach modernen Prinzipien in der Tendenz auch ein stärkerer Ausgleich stattfindet. Konkret: Die ressourcenschwachen Gemeinden werden stärker unterstützt und es fliesst generell mehr Geld ins System. Dies trifft auch auf den Kanton Solothurn zu. Rühli: «Wenn eine Mehrheit von der Umstellung profitiert, wächst zwangsläufig deren politische Akzeptanz.»

Eritreerin stirbt an Stichverletzungen

Tötungsdelikt Vor den Augen ihrer beiden gemeinsamen Kinder hat ein Eritreer am Donnerstagabend in Trimbach eine ebenfalls aus Eritrea stammende Frau mit mehreren Messerstichen umgebracht. Gegen 20.45 Uhr hatte die alarmierte Kantonspolizei das 42-jährige Opfer schwer verletzt in ihrer Wohnung aufgefunden. Kurz darauf starb sie. Der mutmassliche Täter, ein 39-jähriger Eritreer, habe sich kurz nach der Tat gestellt, bestätigt Melanie Schmid, Mediensprecherin der Polizei Kanton Solothurn. Wie TeleM1 berichtet, soll der Mann, gegen den seit 2012 ein Verfahren laufe, die Frau schon mehrfach geschlagen, bedroht und von ihr Geld verlangt haben. Die Bluttat habe sich vor den Augen der zwei gemeinsamen Kinder abgespielt, sagte eine Freundin des Opfers gegenüber dem TV-Sender. Der 39-Jährige habe auch ihr schon damit gedroht, «den Kopf abzuschneiden», sagte die Hauswartin der Liegenschaft. Laut Kantonspolizei ist das Opfer zur Klärung der genauen Todesursache ins Institut für Rechtsmedizin überführt worden.

Vorwiegend Asylbewerber

Eritrea ist nach der Unabhängigkeit von Äthiopien das zweitjüngste Land Afrikas. Laut Reto Steffen, Leiter Fachstelle Sozialhilfe beim Kanton Solothurn, haben die meisten Eritreer, die in den letzten Jahren in die Schweiz gekommen sind, ein Asylgesuch gestellt. Ebenso haben einige von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Familie nachzuziehen. Die Eritreer seien eine Volksgruppe, die gut auf Integrationsprogramme anspreche. Beruflich liessen sie sich eher schwerer integrieren, da sie über tiefe Sprachkenntnisse und berufliche Qualifizierung verfügen. Bezüglich der sozialen Integration seien die Erfahrungen gut. Es handle sich «um pflicht- und verantwortungsbewusste Leute, die sich grundsätzlich an Regeln halten». Laut Anna Duca, stellvertretende Abteilungsleiterin Abteilung Migration und Schweizer Ausweise, lebten im Kanton (Stand Ende Juli 2013) 418 Eritreer (190 Niedergelassene, 228 Aufenthaltler). Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene waren es gleichzeitig zusätzlich 166 (125 mit N-Ausweis und 41 mit F-Ausweis). (SZR, BW)

@ ausserdem zum Thema

Bilder vom Tatort und den TeleM1-Beitrag finden Sie online.

INSERAT



Ruhepol USM Möbelbausysteme harmonieren mit zeitgenössischem Lebensstil.

Zaugg Zaugg & Zaugg AG
Objekt- und Wohnkonzepte
Meisenweg 3a, 4552 Derendingen
Tel. 032 681 50 80
info@zaugg-online.ch
www.zaugg-online.ch

USM
Möbelbausysteme